Dresdner Volks[illegible]

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268, Kaden & Comp.

Organ für das Werk[illegible]

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der [illegible]

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung [illegible] oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst" sowie der illustrierten Wochenendzeitung „Der Sonntag" monatlich 2.40 M. einschl. 45 Pf. Bringerlohn. (Ohne „Sonntag" 2 M. einschl. 35 Pf. Bringerlohn.) Bestellung nur für „Sonntag" 1.05 M. zuzüglich Post- und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 [illegible] stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M., abzüglich Preissenkung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefwiederleg. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 10 | Dresden, Donnerstag, den 12. Januar 1933 | 44. Jahrgang

Spaltungskrach in der fränkischen Nazipartei
2. Seite

Betrogene Bauern

Dreister Vorstoß der Agrarierführer gegen die Regierung Schleicher

Krach mit dem Landbund

D. **Berlin**, 12. Januar. (Eig. Funkspruch.)

Der Reichspräsident und die Reichsregierung befinden sich seit gestern in einem schweren Krach mit den Demagogen vom Reichslandbund.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch in Gegenwart des Reichskanzlers, des Reichsernährungsministers und des Reichswirtschaftsministers das Präsidium des Reichslandbundes, dem ihm „seine ernsten Sorgen über die Lage der Landwirtschaft und seine Auffassung über die zu ergreifenden Abhilfsmaßnahmen vortrug". Amtlich wird dazu mitgeteilt, daß sich in der Aussprache ergab, „daß durch die bereits getroffenen und noch beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung den Wünschen der Abordnung schon so weit wie möglich Rechnung getragen worden war".

Trotzdem hat der Vorstand des Reichslandbundes, wie es ebenfalls aus der amtlichen Verlautbarung ergibt, vor dem Empfang beim Reichspräsidenten eine Entschließung gefaßt und der Presse übergeben,

die in demagogischer Form sachlich unbegründete Angriffe gegen die Reichsregierung enthält. Im Verlauf der Besprechung wurde weder dem Reichspräsidenten noch der Reichsregierung die Entschließung bekanntgegeben.

Die Reichsregierung läßt dazu mitteilen, daß sie sich durch die **„illoyale Handlungsweise" des Vorstandes des Reichslandbundes** nicht davon abbringen lassen werde, alles sachlich mögliche für die Landwirtschaft zu tun: „Sie sieht sich jedoch gezwungen, von jetzt an **Verhandlungen mit Mitgliedern des Vorstandes des Reichslandbundes abzulehnen.**"

Die betreffende Entschließung des Reichslandbundes ist eine **offene Kriegserklärung an die Industrie und an die Regierung** in Form, die in ihrer Demagogie und Dreistigkeit von der Reaktion bisher nur gegen sogenannte „marxistische Regierungen" angewandt worden ist. Sie zeigt, wie stark die Regierung Schleicher innerlich erschüttert ist. Die Resolution beginnt mit der Behauptung, daß die **Verelendung der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft,** „unter Duldung der derzeitigen Regierung **ein selbst unter rein marxistischer Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß**" angenommen habe und die „Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der gewinnsüchtigen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten" andauere. **„Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolkes"**, so schließt die Resolution des Reichslandbundes, **„steht zum Aeußersten bereit"**. Die Führung des Reichslandbundes fordere von jedem einzelnen den letzten Einsatz in dem dem gesamten Berufsstand aufgezwungenen Kampf um die nackte Existenz.

Man sieht der Entschließung auf den ersten Blick an, daß sie von unersättlichen Agrariern formuliert und gefaßt worden ist. Trotzdem das deutsche Volk jetzt schon seit Jahren für die Landwirtschaft blutet und Milliarden in sie hineingepumpt sind, bekommen die Herren des Reichslandbundes den Hals nicht voll.

•

Täuschungsmanöver der Landbundführer

Es ist nicht zu bezweifeln, daß es einem großen Teil der Landwirte heute schlecht geht, weil die Preise, die sie für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte bekommen, sehr niedrig sind, ohne daß freilich die Verbraucher davon allzu viele Vorteile haben. Aber schuld daran ist außer der Not der Massen die Politik der Getreidepreishochhaltung, die man seit Jahr und Tag in Deutschland trieb. Die deutschen Getreidepreise sind auch jetzt noch, trotzdem sie in den letzten Monaten gesunken sind, zweieinhalb dreimal so hoch wie die Preise des Auslandgetreides. Dadurch müssen die Bauern, die Getreide zur Viehfütterung zukaufen müssen, in schwere Not geraten. Die Landbundführer suchen immer wieder den Bauern vorzureden, daß man ihnen durch Staatshilfe höhere Preise verschaffen könne. Aber alle die Versuche, die Preise für Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft (Fleisch, Butter usw.) künstlich hochzuhalten, müssen an der geringen Kaufkraft der arbeitenden Massen in Deutschland scheitern. Jede Preiserhöhung führt sofort zu einem Absatzrückgang und läßt sich daher nicht aufrechterhalten.

Die Agrarierführer sind in ihren Forderungen nie bescheiden gewesen. Wenn sie heute mit ganz besonderer Dreistigkeit auftreten, so deswegen, weil sie durch ihr Geschrei die Bauern darüber **hinwegtäuschen wollen**, daß eine der wesentlichsten Ursachen ihrer Not die im Interesse des Großgrundbesitzes betriebene Politik der Getreidepreishochhaltung ist. Die deutschen Regierungen haben in den letzten Jahren so viel für die Landwirtschaft getan, daß ihnen kaum etwas zu tun übrigbleibt. Die verzweifelten Versuche der Regierung, die Wünsche der Agrarier zu erfüllen, haben nur dazu geführt, daß die deutschen Regierungen einen blamablen Reinfall nach dem anderen erlebten. Es braucht nur an den Kampf um die Kontingente und an den jämmerlichen Rückzug der Regierung Papen erinnert zu werden, und bei dem Plan, den Butterbeimischungszwang einzuführen, der fast überall auf Widerstand stößt, wird es der Regierung Schleicher wahrscheinlich ähnlich gehen wie der Regierung Papen mit ihren Kontingenten. Die Reichsregierung wird sich endlich darüber klarwerden müssen, daß sie die Landbundführer, deren lautes Geschrei nur den Zweck hat, die Bauern zu täuschen und zu betrügen, doch niemals zufriedenstellen kann. Sie wird sich auf einen entschiedenen Kampf mit diesen Herrschaften gefaßt machen müssen.

•

Schluß mit dem Gegeneinander?

Berlin, 12. Januar. (Eig. Funkspruch.)

Der Krach zwischen dem Reichspräsidenten bzw. der Reichsregierung und dem Reichslandbund hat in Berlin einiges Aufsehen erregt. Der Reichslandbund kündigt eine Erklärung zu der amtlichen Auslassung der Reichsregierung an, während die Regierungspresse mitteilt, daß auf Grund des Vorfalls nunmehr in der Wirtschaftspolitik mit dem „mannigfachen Gegeneinander der letzten Monate Schluß gemacht werden" würde. Die Aussprache beim Reichspräsidenten wird als Einleitung zu einer neuen wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet.

Gregor Straßer bei Hindenburg

Berlin, 12. Januar. (Eig. Funkspr.) Der Reichskanzler wird noch im Laufe der Woche mehrere Parteiführer empfangen. Dingeldey hatte bereits gestern eine Aussprache mit von Schleicher. Hugenberg wird Ende der Woche empfangen werden und der Führer der Zentrumspartei, Dr. Kaas, zu Beginn der kommenden Woche. Diesen Besprechungen ging am Freitag der vergangenen Woche, also zwei Tage nach der Unterredung Hitler—Papen in Köln, ein Empfang des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gregor Straßer durch den Reichspräsidenten voraus.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt zu dem Empfang von Straßer bei Hindenburg:

„Straßer verfolgt nach dem, was bisher über seine Pläne bekannt ist, die Absicht, sich einstweilen zurückzuhalten, nur im Falle eines unvermutet raschen Konflikts zwischen Hitler und der Reichsregierung würde wohl Straßer eine besondere Rolle spielen."

Das Blatt glaubt darüber hinaus, daß Hitler allen Ernstes in letzter Zeit gegenüber der Reichsregierung den Plan entwickelt hat, seiner Partei das Reichswehr- und das Reichsinnenministerium einzuräumen. Offenbar habe er dabei an die persönliche Uebernahme des Reichswehrministeriums gedacht. Aber bei vorsichtigster Beurteilung müsse festgestellt werden, daß dieser Plan keinerlei Aussicht auf Verwirklichung haben dürfte.

Nazipartei toleriert weiter

Hitler will nochmalige Vertagung des Reichstags – Die Nazigläubiger drängen

Der Soz. Pressedienst schreibt:

Hitler hat Berlin am Mittwoch wieder verlassen und ist nach Lippe, von wo er am Dienstag Hals über Kopf nach Berlin eilte, zurückgekehrt. Im Zusammenhang mit seiner Abreise verlautet zuverlässig, daß der Reichstag vorläufig nicht zusammentreten, sondern zunächst nochmals um einige Wochen vertagt werden wird.

Hitler hat während seines vierundzwanzigstündigen Aufenthaltes in Berlin nur mit dem Reichstagspräsidenten Göring und anderen Nazigrößen verhandelt. Göring erhielt den Auftrag, auf eine weitere Vertagung des Reichstags hinzuarbeiten und nicht nur die Möglichkeit dazu, sondern auch die Frage zu prüfen, welchen Preis die Reichsregierung für diese offensichtliche Tolerierung Schleichers an die Nationalsozialisten zu zahlen bereit ist. Dabei geht es Hitler im Augenblick weniger um die „Eroberung der Macht" als darum, die Ebbe seiner Kasse zu überwinden.

Der Sturm der Nazigläubiger auf die Kassen der Braunen Häuser wird von Tag zu Tag größer.

Millionen von Mark werden heute von Hitler zurückverlangt, während nicht einmal hunderttausend Mark für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Was vorhanden ist oder noch eingeht, reicht nicht einmal mehr zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Organisation und zur Besoldung der SA. Unter diesen Umständen bestimmt der Pleitegeier schon seit Wochen die Taktik und die Politik der NSDAP. Hitler ist der Gefangene seiner Schuldenwirtschaft. Sie zwingt ihn, jede finanzielle Neuausgabe und damit jeden Konflikt im Parlament, der zu Neuwahlen führen könnte, zu vermeiden. Dazu kommt die Angst vor Rückschlägen und Niederlagen.

Das ist der Grund, der Hitler am Dienstag von Lippe nach Berlin getrieben hat. Er läuft in der Konsequenz auf eine weitere Tolerierung der Schleicher-Regierung hinaus. Je mehr die Reichsregierung dafür zahlt, desto länger und sicherer ist ihr Leben. „Schärfster Kampf" war die Parole der Nationalsozialisten, als die Schleicher-Regierung ans Ruder kam. Die Tolerierung dieser Regierung war die praktische Folge. Jetzt sind die Kämpfer und Stürmer so weit, daß sie dieser Regierung bereits aus der Hand fressen und bettelnd vor ihren Kassenschränken stehen. Als Gegengabe offerieren sie die weitere Vertagung des Reichstags.

•

Adolf bettelt ausländische Kapitalisten an

Berlin, 12. Januar. (Eig. Funkspr.) In Berliner politischen Kreisen erzählt man sich nach dem Berliner Tageblatt, mit ziemlicher Bestimmtheit, daß die Geldschwierigkeiten der Nationalsozialisten durch eine reichliche Unterstützung von ausländischer, und zwar von schwedischer Seite beseitigt werden sollen. Man spreche von 4 bis 5 Millionen Mark. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring erst dieser Tage aus Schweden, wo er angeblich bei Verwandten weilte, zurückgekehrt ist. Immerhin würden 4 bis 5 Millionen Mark für die in Finanzkalamitäten befindliche NSDAP. eine Atempause, aber keineswegs eine fühlbare Entlastung bedeuten. Die Schulden der NSDAP. sind weit höher als 4 bis 5 Millionen Mark, sie sollen sich heute bereits auf 15 Millionen Mark beziffern.

•

Kreuzzeitung über Hitlers Pumpversuch

Die Auslandskapitalisten wollen kein Geld mehr in die Hitler-Piste stecken

Berlin, 12. Januar. (Eig. Funkspruch.) Das Berliner Organ des Stahlhelms, die Kreuzzeitung, weiß über die finanziellen Schwierigkeiten der Hitler-Partei heute unter anderem folgendes mitzuteilen:

„Es scheint sich zu bestätigen, daß Hitler zur Behebung der Finanzkrise seiner Partei mit Geldleuten über einen größeren Kredit in Berlin verhandelt hat. Dabei ist wohl nicht an Gönner zu denken, die ihr Geld auf

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19330112/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG